

Nach einem Redebeitrag des RM Thiesing lässt RV Fischer über den Antrag des Ratsmitgliedes Kindo abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle betroffenen Jugendlichen und ihre Erziehungsberechtigten spätestens acht Monate vor dem Ablauf der Widerspruchsfrist darüber schriftlich zu unterrichten und ihnen damit die Gelegenheit zu geben, dieser Datenweitergabe zu widersprechen. Dem Schreiben wird ein Formular zum Einlegen des Widerspruchs beigelegt.

Dieser Antrag wird bei 10 Ja-Stimmen und 4 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.